

Ercheint täglich früh 6 1/2 Uhr.

Redaction und Expedition Johannstraße 33. Sperrstunden der Redaction: Vormittags 10-12 Uhr. Nachmittags 4-6 Uhr.

Die Redaction empfangt alle Briefe und Zuschriften, welche nicht zu spät kommen, und die Redaction nicht verweigert. Die für die nächste Nummer bestimmten Beiträge an Wochenenden bis 10 Uhr Nachmittags, an Sonntagen und Feiertagen früh bis 1/9 Uhr.

Leipziger Tageblatt und Anzeiger.

Organ für Politik, Localgeschichte, Handels- und Geschäftsverkehr.

Nummer 15,500.

Abonnementpreis vierteljährlich 4 1/2 Rthl., incl. Frachtlohn 5 Rthl., durch die Post bezogen 6 Rthl. Jede einzelne Nummer 25 Pf. Belegexemplar 10 Pf. Gebühren für Extrablätter ohne Postbeförderung 35 Pf. mit Postbeförderung 45 Pf. Inserate 50 Pf. Feuilleton 20 Pf. Größere Schriften laut unserem Preisverzeichnis. — Tabellarischer Satz nach höherem Tarif. Anzeigen unter dem Rubricationspreis die Spaltzeile 40 Pf. Inserate sind stets an d. Expedition zu senden. — Abent wird nicht gegeben. Zahlung pränumerando oder durch Postvorschuß.

No. 7.

Dienstag den 7. Januar 1879.

73. Jahrgang.

Bekanntmachung.

Jeder ankommende Fremde, welcher hier übernachtet, ist am Tage seiner Ankunft und, wenn er erst in den Abendstunden erfolgt, am anderen Tage Vormittags von seinem Wirth bei dem Fremdenbureau anzumelden. Vernachlässigungen dieser Vorschriften werden mit einer Geldbuße von 15 Mark oder verhältnismäßiger Haftstrafe geahndet.

Leipzig, am 31. December 1878.

Das Polizeiamt der Stadt Leipzig. Dr. Wäber. Baegner, Secr.

Bekanntmachung.

Unter Bezugnahme auf unsere Bekanntmachungen vom 12. März und 28. Mai vor. J., die Wasser- und Abwasseranlagen betr., bringen wir hierdurch zur allgemeinen Kenntniss, daß wir beschloffen haben, außer den Anlagen „Silber“, „Karl Friedrich“ und „Robert Rauscher“ auch das durch den Ortsverein selbst angelegte Anlagen für Leipzig und Umgebung und vorgelegte „Wilhelms-Tasche“ System einer Wasser- und Abwasseranlage für Gletsch und Gruben bis auf Weiteres zuzulassen.

Der Rath der Stadt Leipzig. Dr. Georgi. Willich, Wf.

Bekanntmachung.

Die durch den Abbruch des Jacobshagens gewonnenen Erden und eigenen Pflöcke, sowie das eiserne Geländer der ehemaligen Rauscherbrücke sollen am Donnerstag, den 9. Januar a. c., früh von 10 Uhr an im Hofe der Angermühle gegen Baarzahlung und unter den an Ort und Stelle bekannt zu machenden Bedingungen öffentlich versteigert werden.

Leipzig, den 4. Januar 1879.

Des Raths Stadtdeputation.

Brennholz-Auction.

Mittwoch, den 8. Januar 1879 sollen von Vormittags 9 Uhr an im Forstreviere Burgau auf dem Mittelwaldschlage in der sogenannten Götze in Abtheilung 28a an der Lindenaauer Grenze ca. 18 Raummeter eigene Kuchschichte, 136 Rmtr. eigene, 89 Rmtr. buchene, 5 Rmtr. tücherne und 7 Rmtr. eiserne Brennholze unter den an Ort und Stelle öffentlich ausgehangenen Bedingungen und der üblichen Anzahlung an den Preisbietenden verkauft werden.

Zusammenkunft: auf dem Mittelwaldschlage in Abth. 28a. Leipzig, am 28. December 1878.

Des Raths Stadtdeputation.

Das erste bulgarische Parlament.

Russland, 28. December. Die Versammlung der bulgarischen Notabeln von Tirnoba, welche die Rolle einer constituirenden Versammlung zu erfüllen hat, wird aus 286 theils gewählten, theils von der Regierung ernannten Mitgliedern bestehen, welche in drei Gruppen zerfallen. Der ersten Gruppe gehören an: a) die Präsidenten der drei Kreise eines jeden Bezirks (Okrug), nämlich des Municipal-, Administrations- und Justizbezirks; da es 38 Districte in Nordbulgarien gibt, so repräsentirt dies 114 Mitglieder; b) die Präsidenten des Ober-Administrations- und Justizbezirks eines jeden Sandschaks (Subernio's); es giebt 5 solcher Subernio's, deren Hauptorte die Städte Ruffsch, Barua, Tirnoba, Widin und Sofia sind. Die Präsidenten der Justizräthe werden von der Regierung ernannt, so daß sich also unter den Deputirten der ersten Gruppe 48 von der Regierung designirte Mitglieder befinden.

Der zweiten Gruppe gehören 120 Deputirte an, welche in 120 Wahlbezirken aus je 10,000 Bewohnern gewählt werden. Wähler ist jeder Bulgare im Alter von 22 Jahren, der ein Eigen- thum besitzt oder ein Gewerbe betreibt. Vom Wahlrecht ausgeschlossen sind Dienstleute, Lehrlinge und Tagelöhner. Die Bevölkerung Nord-Bulgariens wird auf 1,200,000 Seelen geschätzt. Der dritten Gruppe gehören an: a) 10 Mitglieder des hohen christlichen Clerus, nämlich bulgarische Bischöfe und der griechische Bischof von Barua; b) der Rusli von Widin und der Prokatholiker von Sofia; c) 30 Mitglieder, welche gegenwärtige Gouverneure von Bulgarien zu bilden das Recht besitzt. Er dürfte 10-11 Repräsentanten zur Vertretung der mohamedanischen Bevölkerung besitzen, welche ungefähr auf 100,000 Seelen geschätzt wird.

Die Assemblée wird ihren Präsidenten und das Bureau wählen. Fürst Donduloff wird die erste Sitzung mit einer Ansprache eröffnen und sodann Fürst Sulkianoff als seinen Vertreter bezeichnen. Derselbe wird zur Verfügung der Versammlung stehen und von derselben consultirt werden, der kein Votum oder Stimmrecht besitzt. In seiner Eröffnungsrede wird der Fürst die Versammlung informieren, daß sie die organische Gesetz, sowie den mit der Sanction des Caren aus St. Petersburg zurückerwarteten Verfassungsentwurf juristisch prüfen, modificiren oder durch andere ersetzen könne.

Die erste Session wird 4-6 Wochen in Anspruch nehmen. Sodann wird die Assemblée verlegt und im April wieder zusammenberufen werden. Dann wird aber die Zahl der zweiten Gruppe gewählten Deputirten verdoppelt, nämlich auf 20 gebracht werden.

Die Deputirten aller drei Gruppen genießen die Unterschiede dieselben Rechte.

Der ottomanische Commissair und die Deputirten ad hoc werden den Sitzungen der Versammlung auf einem ihnen angewiesenen Platze wohnen.

Politische Uebersicht.

Leipzig, 6. Januar.

Der Name Delbrück wird jetzt wiederholt in der Interesse des Tages gezogen, und zwar von den Seiten, den Schatzkammern wie den Freiwählern. So geben durch verschiedene Blätter hier oder weniger verschleierte Andeutungen, als ob die von dem Verein zur Beförderung des Handels des Bundesrath überreichte Denkschrift unter Mitwirkung des ehemaligen Präsidenten des Reichsfinanzraths entstanden sei. Die „N. Z.“ ist in der Lage, Andeutungen für unbegründet zu erklären. Die Denkschrift ist, wie wir mit Sicherheit erfahren, von L. Hammer geleitet worden und ausgearbeitet, wie

Jedem, der ein Schriftwerk nach seiner Form zu beurtheilen vermag, von selbst bemerkbar geworden sein wird. Daß er es nicht der Oeffentlichkeit übergeben haben mag, ohne sachverständiges Urtheil über Einzelnes zu hören, liegt ebenso in der Natur der Dinge. Was Staatsminister Dr. Delbrück angeht, „so wissen wir“, daß er dem Verein für Freihandel nicht beigetreten ist, und die, welche im Parlament auf seine werthvolle Unterstützung gegen die wirtschaftliche Reaction rechnen, sind am meisten damit einverstanden, daß er sich an der Vereinpropaganda nicht betheiligt. Die Agitation um Wiedereinführung der Schuldhaft scheint wieder einmal Boden zu gewinnen und sehr wahrscheinlich werden bald die parlamentarischen Körperschaften mit bezüglichen Petitionen befaßt werden. Es braucht kaum gesagt zu werden, daß dieser Ansturm der vergeblichen Verordnungen ist, die auf die Wirtschaftspolitik der letzten zwanzig Jahre gemacht worden sind und noch gemacht werden.

Der westfälische Bauernverein hat in seiner am 31. December in Münster unter dem Vorsitz des Reichstagsabgeordneten Freiherrn von Schorlemer-Kitt abgehaltenen Generalversammlung folgende Petition in der Buchersfrage an den Reichstag beschloffen, dahingehend: der Reichstag möge die Reichsregierung auffordern, im Wege der Gesetzgebung 1) der wucherischen Ausbeutung der Noth und des Unglücks durch Strafbestimmungen und angemessene Befreiung des Zinsfußes entgegenzutreten; 2) die allgemeine Wechselbarkeit auf die Kreise und Personen zu beschränken, welche dieses Verkehrsmittel für ihre Handelsgeschäfte, wie zur Benutzung der den Credit erleichternden wohlbekannteren Institute bedürfen.

Die Kundgebung an die sächsischen Truppen vom 17. v. M., daß ihre Vereidigung in Zukunft, neben der auf den Landesherren, auf den deutschen Kaiser anstatt auf den „Bundesfeldherrn“ geschehen werde, ist auf Grund des Art. 64 der Reichsverfassung ergangen, in welchem es heißt: „Alle deutschen Truppen sind verpflichtet, den Befehlen des Kaisers unbedingte Folge zu leisten. Die Verpflichtung ist in den Fahneneid aufzunehmen.“ Letztere Vorschrift hat auf Bayern nach Anwendung nach näherer Bestimmung des Bundesvertrages vom 23. November 1873, worin es heißt, daß im Kriege die bayerischen Truppen verpflichtet sind, den Befehlen des „Bundesfeldherrn“ unbedingte Folge zu leisten, und daß diese Verpflichtung in den Fahneneid aufzunehmen wird, — auf Württemberg nach näherer Bestimmung der Convention vom 21. bis 25. November 1870, in welcher von einer Unterstellung der Truppen Württembergs unter den Oberbefehl des Königs von Preußen als „Bundesfeldherrn“ die Rede und bestimmt ist, daß in dem Fahneneid zum Gehorsam gegen den „Bundesfeldherrn“ verpflichtet werden soll.

Ueber die Ernennung eines Nachfolgers des Dr. Bayard Taylor als Botschafter der Vereinigten Staaten am Berliner Hofe ist noch keine Bestimmung getroffen. Da jedoch der Congreß gegenwärtig tagt, dürfte die Designation einer geeigneten Persönlichkeit nicht lange auf sich warten lassen. Man spricht von der Berufung des Senators Stanton, welcher dem jüngsten internationalen Silbercongresse in Paris präsidirte.

Verschiedene Zeitungen berichten — so wird jetzt aus Hamburg gemeldet — daß in Sachen des Hamburger Dampfers „Pommerania“ bereits ein Erkenntniß seitens des dortigen Seemanns abgegangen und daß der Capitain des Dampfers, Herr Schwensen, freigesprochen sei. Diese Mittheilung ist völlig aus der Luft gegriffen. Mitte December hat das dortige Seemannsamt, unter dem Vorsitz des Handelsgerichtspräsidenten Dr. Albrecht in zwei Sitzungen den Capitain Schwensen, die geretteten Officiere (Steuerleute) und Mannschaften, sowie einige Passagiere des untergegangenen Dampfers vernommen, die weitere Verhandlung jedoch ausgesetzt, bis die Acten der

von den englischen Behörden in Sachen des Zusammenstoßes angestellten Untersuchungen eingegangen, was bis jetzt noch nicht geschehen ist. Capitain Schwensen, sowie der 1. Officier Franz, welcher im Moment des Zusammenstoßes das Commando der „Pommerania“ führte, haben vom Seemannsamt die Befehle erhalten, sich bis auf Weiteres nicht von Hamburg zu entfernen.

Ein erweiterndes Stimmungsbildchen liefert die „Weser-Zeitung“ in einer Correspondenz aus Kassel. Es heißt darin:

Das politische Parteiwesen scheint bei uns zum Segen Aller vorläufig zu schlummern. Man müßte denn einer kürzlich in Ostpreußen erschienenen Broschüre heftiger Landwirthschaftliche Bedeutung beilegen, auf der mehrere conservativ angehauchte, die Runderung der Wirtschaftspolitik, namentlich der Eisenbahntarife anstrebende Kundgebungen laut wurden. Diese Bind- und Weersprüche hält nun der ehemalige kaiserliche Cabinetstath Adolf Schimmelfeng für den geeigneten Zeitpunkt, um vom Hauptquartiere Weisungen, der Heimstätte der „Weser-Zeitung“ aus, nach Besprechung der gründlich misanthropen ersten Feldzüge nach Kassel im Laufe dieses Sommers, sich zu einer neuen conservativ-particularistisch-orientirten Attacke zu rüsten. Als Angriffspunkt hat sich der auf die Wahl zum Reichstagsabgeordneten für Hessen (speciell dem Reichsconsulatsbezirk die Domäne der Ultramontanen in Fulda auszuweisen. Und erweist es jedoch zweifelhaft, daß man dort mehr Beifall an den Tiraden des allerdings nicht muthmaßlichen „Politikers auf Reisen“ finden sollte, als hier, wo man ihm während der „Hundstage“ nach dem ersten Vorzuge einen der Stadt gediegenen Saal für ein weiteres Auftreten verleiht. Das Theater, in dem schon so Mancher vortrat, gedreht ihm schließlich, was anderswärts vorkommen worden war. So soll es aber auch dort gewesen und so denn auch die Schimmelfeng'schen Reden in den sonst mehr an „Offenbach“ gewöhnten Hause widerhallen, — die rauern Jerrichos kamen nicht zum Sturz.

In Berliner politischen Kreisen verläutet, es finden zwischen Rußland und England Verhandlungen wegen Ausführung des Berliner Friedensstat. Ueber Natur und Richtung derselben ist Räuber bis jetzt nicht bekannt. Der Gedanke — so heißt es — liegt nahe, daß Rußland, welches Desterreich sicher zu sein glaubt, Versuche macht, auch den Widerstand Englands gegen die Nichtausführung des Friedens zu beseitigen. Ob Rußlands Sicherheit nach der Seite Desterreichs hin guten Grund hat, steht dahin; dagegen wird stark bezweifelt, daß die Schwächung Englands im Sinne der russischen Wünsche gelingen und Beaconsfield sein eigenes Werk preisgeben werde. Selbst die Stellung des englischen Ministeriums im Parlament und im Lande könnte dadurch gefährdet werden. Was die gemischte Besetzung Ostrumeliens zwischen den Russen zur Sprache gekommen ist.

Aus Konstantinopel meldet die „B. Z.“: Die in dem russischen Botschaftshotel fortgesetzten Verhandlungen über den russisch-türkischen Friedensvertrag nehmen einen günstigen Verlauf. Es ist gegründete Hoffnung auf einen baldigen befriedigenden Abschluß derselben vorhanden. Nach einer verbürgten Mitteilung Karatheodory Pascha's hat Fürst Lobanoff bei der Eröffnung der Verhandlungen in Aussicht gestellt, daß unmittelbar nach der Unterzeichnung des Friedensvertrages die theilweise Räumung des türkischen Gebietes beginnen werde. — Der seit Monaten beurlaubte türkische Botschafter in London, Musurus Pascha, ist auf seinen Posten

zurückgekehrt. — Der Grenzregulirungscommissair für Montenegro, Riamil Pascha, ist nach Albanien abgereist. — Aus Bukarest: Von competenten Seite verläutet, daß das Deficit des Staatshaushaltes pro 1879 22,500,000 fl. betrage, wobei auf die Amortisation der Staatskredite 5,000,000 fl. mehr als im Vorjahre entfallen.

Aus Petersburg meldet der Telegraph officiell: Wenn schon die Pforte die Albanen aufgefodert hat, der Abtretung von Podgoriza nicht feindselig entgegenzutreten, und darauf hingewiesen hat, daß der Berliner Vertrag, welcher die Herausgabe von Podgoriza verlangt, ausgeführt werden müsse, so herrschen hier doch noch Zweifel darüber, ob die türkische Regierung den aufständigen Albanen mit den geeigneten Mitteln gegenüberzutreten werde. Die „Agence Russe“ giebt diesen Zweifeln Ausdruck und meint, daß die factische Herausgabe von Podgoriza an Montenegro bei Unterzeichnung des definitiven russisch-türkischen Friedens unter die Bedingungen aufzunehmen sein würde, von denen Rußland die Zurückziehung seiner Truppen abhängig mache.

Der vergangene Sonntag ist für Paris und ganz Frankreich von hervorragender Bedeutung gewesen. Nach dem vollständig vorliegenden Resultate der an diesem Tage stattgehabten Senatorenwahlen gewannen die Republikaner 64 Sitze. Sämmtliche früheren Senatoren der republikanischen Partei wurden wiedergewählt. Von den seitens der conservativen Partei aufgestellten Candidaten wurden nur 13 gewählt, darunter der gegenwärtige Volksthaier in Konstantinopel, Fournier. Unter den nicht wiedergewählten früheren Senatoren der conservativen Partei befinden sich der Marfchall Canrobert, Depierre, General d'Espouilles, Montgolfier, Dutrel, Belsaet, Béhic, Bourcet und Reaur. Zwei Stichwahlen sind erforderlich. Der neue Senat wird somit aus 119 Mitgliedern der conservativen und 176 Mitgliedern der republikanischen Partei bestehen. Die Republikaner werden somit eine Majorität von 57 Stimmen haben. Bis her war diese Körperschaft geradezu ein Hinderniß für die Entwicklung der Republik. Bei jeder Gelegenheit setzte sich die reactionaire Mehrheit derselben in Widerspruch mit der Kammer und der öffentlichen Meinung, als ob der Senat zu dem Zwecke errichtet worden wäre, um den Demuth des Staatsoberhauptes zu bilden. Sie handelte in vollem Bewußtsein und wohlüberlegter Absicht; der Herzog von Broglie hat das schon im Jahre 1876 ausgesprochen. „Es genügt, den Grund der Einsetzung des Senats zu kennen“, sagte er damals unter dem toben den Beifalle seiner Parteigenossen, „um zu wissen, daß er sich nicht nach dem Lustzuge der Volksgunst richten kann.“ Die Reibungen zwischen den beiden Häusern werden nunmehr fortfallen, die monarchistischen Conspirationen werden keine Handhabe im Senat mehr finden. Von dieser Seite her wäre also die Republik dann gesichert, bis etwa die Franzosen, der Republik müde, andere Mehrheiten in Senat und Abgeordnetenhaus bilden, oder bis eines Tages eines jener unvorhergesehenen und unberechenbaren Ereignisse, auf die man in Frankreich immer noch wird zählen müssen, Frankreich und die Welt mit einem vollständigen Decorationswechsel überfällt.

Nachrichten aus Tunis melden, daß der Bey bereit sei, auf diplomatischem Wege den entstandenen Conflict beizulegen. Ein Abgeordneter des Bey wird in Paris erwartet. Der Besuch des Grafen St. Ballier in Friedrichshagen wird in republikanischen Pariser Kreisen mit großer Befriedigung aufgenommen und als Beweis der guten Beziehungen zwischen Frankreich und Deutschland aufgefaßt. Der Redacteur des Journals „Republique“ in Perpignan ist wegen eines Artikels, der eine Beleidigung des Königs von